

Verantwortl. Redakteur: M. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: A. Grahmann in Stettin, Kirchplatz 8—4.

Bezugspreis:  
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,  
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neblam 30 Pf.

## Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: A. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidentanz, Berlin Bernh. Arndt, Max Gernmann, C. F. W. Thiemann, Greifswald G. Altes, Halle a. S. J. A. B. & Co. Hamburg Joh. Neubaar, A. Steiner, Wilhelm Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinrich Glaser. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

### Die answärtige Politik Oesterreich-Ungarns

wurde auch gestern im Budgetausschuß der österreichischen Delegation eingehend besprochen. In der Vorberatung sprachen die einzelnen Mitglieder überaus anerkennend über die Regierung, Lupul betonte die wohltätige Wirkung des Dreiecksbundes sowie die Verständigung mit Rußland bei den jüngsten Orientereignissen und die vertrauensvollen Beziehungen zu Rumänien. Er schloß sich dem angeregten Vertrauensvotum für den Minister des Aeußeren an. Der Delegierte Kramarich führte aus, die Oesterreich-Delegation als Element des europäischen Gleichgewichts, zumal die lokale Ausprägung mit Rußland und die wegen des Balkans gehenden Besorgnisse verknüpft habe. Besonders sympathisch bürhte die Partei des Redners, daß die neue Politik offen und ohne Hinterhalt der ganzen Welt klargestellt werde. Einer der Gründe des früheren Widerstandes der Oesterreicher gegen den Dreiecksbund sei auch die Besorgnis gewesen, der präponderierende Einfluß Deutschlands könnte auch die innere Gestaltung der österreichisch-ungarischen Politik sich geltend machen. Redner müsse loyal konstatieren, daß gerade in der jüngsten Vergangenheit die deutsche Regierung einen vollständig korrekten lokalen Standpunkt einnahm und einleitete. Redner schloß, der mit den Deutschen geführte Kampf habe nur ein Ziel: endlich zum Frieden zu kommen. Die Oesterreicher hielten an der Hoffnung fest, dies zu erreichen. Eine Stabilisierung wollten sie nicht.

In der Nachmittags-Sitzung ergriff zuerst der Minister des Aeußeren Graf Golitschewski das Wort. Er verwahrt sich gegen eine Deutung seiner Ausführungen in einigen Punkten, die weder seinen Absichten noch seiner Auffassung entspräche. Er habe sich ganz klar dahin ausgesprochen, daß der Dreiecksbund der Grundpfeiler der Politik Oesterreich-Ungarns und ein eminentes Friedensbollwerk sei, daß aber kein Zweck nur unvollständig erreicht worden wäre, wenn die Regierung nicht auch darnach getrachtet hätte, mit den außerhalb des Bündnisses stehenden Mächten vertrauensvolle Beziehungen zu pflegen. Der Dreiecksbund sei ein Friedensbund, seine einzige Aufgabe, den Frieden zu erhalten. Die Garantien für die Erhaltung des Friedens könnten aber durch die Annäherung freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Mächten nur erhöht werden. Einer der Delegierten habe die freundschaftliche Ausgestaltung des Verhältnisses Oesterreich-Ungarns zu Rußland so dargestellt, als ob Oesterreich-Ungarn sich bisher mit Rußland in offenem Widerspruch befunden hätte. Dies sei eine ganz irrige Auffassung. Es konnten Mißverständnisse über die Behandlung einzelner Fragen bestehen, aber es wäre stets das Bestreben der österreichisch-ungarischen Regierung gewesen, solche Mißverständnisse zu beseitigen, und das gleiche Bestreben habe auch auf der anderen Seite bestanden. Es müsse aber immerhin als ein friedlicher Umstand bezeichnet werden, daß man beiderseits zur Uebereinstimmung gelangte, daß keine solchen Differenzen bestanden, die nicht ausgeglichen werden könnten. Ebenso irrig wäre die Auffassung, als ob Oesterreich-Ungarn in den Balkanstaaten überhaupt auf jeden Einfluß verzichtet hätte. Einen natürlichen Einfluß werde die Monarchie vermöge ihrer wirtschaftlichen Beziehungen und ihrer geographischen Lage stets ausüben, aber sie wolle sich nicht in die inneren politischen Verhältnisse mischen; das sollte von Rußland. Das Bestreben, die Großmächte für Partei-Interessen zu gewinnen und zum eigenen Vorteil gegen einander auszuspielen, bestrebe viel eher in den Balkanländern selbst, als eine Gelegenheit bei der Großmächten, darauf einzugehen. In Verantwortung einer Anfrage, wann die österreichischen Schiffe und Truppenkontingente zurückgezogen würden, bemerkt der Minister, daß dies geschehen werde, sobald die Verhältnisse sich genügend beruhigt haben würden, um dies ohne Besorgnis thun zu können. Im Augenblick seien die Mächte im Begriff, für die Ordnung der Verhältnisse auf Kreta eine feste Basis zu gewinnen. Die Verhandlungen hätten erst begonnen, weil es nicht erwünscht sein konnte, diese Frage mit den Friedensnegotiationen zu verknüpfen. Die Votivschiffe in Konstantinopel hätten das Mandat erhalten, auf Grund der von den Mächten angenommenen Prinzipien ein organisches Statut für Kreta auszuarbeiten. Bevor auf dieser Basis die Verhältnisse der Insel geregelt seien, könne von einer Zurückziehung der Schiffe und Truppenkontingente nicht die Rede sein. Der Bemerkung eines Delegierten gegenüber, daß eine Macht sich bereits zurückgezogen habe, wies der Minister darauf hin, daß das deutsche Kriegsschiff „Kaiserin Augusta“ mit den deutschen Truppen allerdings die freundschaftlichen Gewässer verlassen habe, weil das Schiff auswärts benötigt werde, daß aber die kaiserliche deutsche Regierung den anderen Mächten erklärt habe, sie werde demnächst ein anderes Schiff schicken. Die Anfrage des Delegierten Groß betreffend das Verbot der Abhaltung einer Versammlung des „Alldeutschen Verbandes“ in Berlin, an der auch österreichische Abgeordnete hätten teilnehmen wollen, wies der Minister mit der Bemerkung zurück, daß die Nothwendigkeit, in dieser Richtung bei der kaiserlich deutschen Regierung zu intervenieren, nicht vorgelegen habe. Die deutsche Regierung sei in dieser Frage durchaus korrekt und loyal vorgegangen; sie habe das Prinzip gewahrt, an dem auch Oesterreich-Ungarn festhalte, daß sich nämlich kein Staat in die Verhältnisse eines anderen Staates einmischen dürfe. Der Errichtung fremder Konsulate in Prag könnten keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden, doch müsse die Bedingung gestellt werden, daß die betreffenden wirkliche Beamte seien und der Nationalität des sie entsendenden Staates angehören. — Reichsfinanzminister von Stalloy bemerkt, daß die Feststellungen, nach welchen die gemeinsamen Ausgaben auf die beiden Reichshälften aufgetheilt werden, nicht Sache der Delegationen, sondern der Parlamente der beiden Reichshälften seien.

für nicht schwer erreichbar; gewiß halte auch der Minister des Aeußeren den inneren Frieden für die Vorbedingung einer glücklichen äußeren Politik. Der Delegierte Džibuszki äußerte sich ebenfalls in einem der äußeren Politik der Regierung zustimmenden Sinne und hebt namentlich die Stelle des Epitaphs betreffend den Zusammenstoß Europas gegen die überfällige Konkurrenz hervor; dadurch werde einem der öffentlichen Meinung schon lange vorliegenden Gedanken zum ersten Male von autoritativer Stelle Ausdruck gegeben. Hieran wird eine vom Reichsstatthalter Dumba beantragte Resolution einstimmig angenommen, welche besagt: „Der Budgetausschuß beglückwünscht den Minister des Aeußeren Grafen Golitschewski zu seiner erfolgreichen und stets auf die Erhaltung und Befestigung des Friedens abzielenden Leistung der auswärtigen Angelegenheiten und bringt demselben das vollste Vertrauen entgegen.“

### Zur Dreyfus-Affaire.

In der aufregenden, beklemmenden und fast täglich räthselhafter sich gestaltenden Affaire Dreyfus scheint augenblicklich ein Aufpunkt eingetreten zu sein. Von diesem ungewöhnlich transienten Kriegsschauplatz wird momentan nicht viel Neues gemeldet. Der Name des Staatsoberhauptes, unter dessen Regime der merkwürdige Prozess Dreyfus begonnen, verhandelt und zu Ende geführt worden ist, der Name Casimir Perier's, ist wieder in aller Leute Mund. Es wird viel gesprochen von dem Schreiben, welches der damalige Präsident der Republik von Seite unseres Kaisers erhalten und in welchem Kaiser Wilhelm in so schöner und ritterlicher Weise sein kaiserliches Wort für die Unschuld des Unglücklichen verpfändet haben soll. Als Casimir Perier eingesehen habe, daß er trotz dieser kaiserlichen Versicherung, die gewiß niemals einem Unwürdigen, nie einem Spion oder Verräther zu Theil geworden wäre, den Hauptmann Dreyfus vor dem Fanatismus der aufgeregten Volksleidenschaft nicht zu retten vermöge, habe er in würdiger Weise die nächstliegenden Konsequenzen seines Schicksals gezogen und auf die höchste Würde in seinem Vaterlande resignirt. Was sollte er noch an der Spitze eines Landes, in welchem ein Urtheil gesprochen worden war, gegen das sich kein besseres Wissen aufbauen müßte? Aber alle Schuld rätzt sich auf Erden: nun kann ein Todter aus seinem Grabe auferstehen, ein Prozess renovirt werden und es fragt sich, ob nicht neben einem ganzen Ministerium nunmehr auch ein anderes Staatsoberhaupt — welches Dreyfus nicht konnte — der beleidigten und empörenden Volksmoral zum Opfer fallen sollte? Den uns vorliegenden Pariser Devischen zufolge erörtert die Pariser Presse gegenwärtig die Frage, ob Kaiser Wilhelm wirklich einen Brief in Angelegenheit des Hauptmanns Dreyfus an Casimir Perier gerichtet haben soll. Es wäre dies ein so rein menschlicher und rührender Zug seitens unseres Kaisers, daß vorläufig keine Veranlassung vorliegt, ihn in Zweifel zu ziehen. Casimir Perier selbst verweigert jede Auskunft, während allerdings dessen ehemaliger Generalsekretär Herr Lafargue keine Kenntnis von dem Briefe zu haben erklärt und zugleich versichert, daß die Demission Casimir Perier's nicht mit der Dreyfus-Sache zusammenhänge. Freilich bedeutet diese Angelegenheit bloß eine interessante Episode in diesem aufregenden Kriminalroman, der jemals das internationale Publikum in Atem gehalten hat. Was das Loos des zweiten „Angestagten“, des Grafen Walsin-Esterhazy, anbetrifft, so hängt dessen Schicksal nur von den Aussagen des Obersten Picquard ab, dessen bevorstehende Ankunft von ganz Paris mit Spannung erwartet wird. Der eigentliche Vertheidiger des unglücklichen Gefangenen auf der Zenselsinsel, der Senator Schener-Kellner, hat nichts von seiner ruhigen Sicherheit verloren, mit welcher er von allem Anfang an die traurige Sache seines bedauernswürthen Schützlings zu führen verstanden hat. Herr Schener-Kellner erklärt, daß auch sein Verweismaterial den Grafen Esterhazy auf das schwerste belaste.

Der Demange, der ehemalige Vertheidiger des verurtheilten Dreyfus, bestreitet einem Mitarbeiter des „Figaro“ die Wichtigkeit der Darstellung des Majors Forzinetti hinsichtlich der dramatischen Begegnung mit dem Hauptmann Dreyfus nach dessen Verurtheilung. „Das ist vollständig wahr. Mein unglücklicher Klient stürzte sich in meine Arme und kuckte mich, bitterlich weinend. Major Forzinetti, dessen Gedächtnis sehr gut ist, wohnte der Begegnung bei und ich habe nur einige mit zugehörte Andeutungen zu berichten, die in meinem Munde zu feierlich und zu schwülstig geklungen hätten.“ So habe den Hauptmann Dreyfus nicht „mein Kind“ genannt und nicht von „Minderjährigkeit“ gesprochen, sondern gesagt: „Mein Hauptmann. Sie sind das Opfer eines der furchtbarsten Justizirrtümer des Jahrhunderts.“ Mr. Demange fügt hinzu, er sei nach wie vor von der Schuldlosigkeit Dreyfus' überzeugt, der seines Wissens nie die Anerkennung gethan hat: „Wenn ich Dokumente dem Ausland verkaufte, so geschah dies nur in der Hoffnung, bedeutendere im Tauschwege zu erhalten.“

Paris, 23. November. Die hiesige Depress, allen voran „Globe“ und „Journal“, welche ihr Opfer Dreyfus sich entgelten sehen, rächen sich hierfür, indem sie eine übereinstimmende Hege gegen den neuen deutschen Militärattaché, Major Süßkind, eröffnen. „Globe“ warnt in einem Leitartikel vor dem Umgang mit Süßkind und fordert die Regierung auf, denselben einen kühlen Empfang zu bereiten. Bezeichnend für den Stand der Affaire ist eine Scene, die sich im Senat abspielte. Schener-Kellner, der sehr vergnügt war, wurde von den Senatoren umringt, die ihm die Hand schüttelten. Schener-Kellner stieg darauf zum Präsidenten Loubet hinauf und sprach mit ihm. Loubet schüttelte ihm gleichfalls herzlich die Hand. Das Gleiche that der Minister der öffentlichen Arbeiten Turrel.

### Aus dem Reiche.

Zu St. Max Egon zu Fürstberg, welcher bekanntlich Ende September in Prag plötzlich erkrankte, ist so weit wieder hergestellt, daß er in diesen Tagen nach Neudorf an der Mittera

abreisen konnte. Der Fürst wird dort den Winter über verweilen. — Der in Stuttgart erscheinende „Schwäb. Merk.“ schreibt: Als Herzog Robert von Württemberg vergangen Freitag Nachmittag einen Ausritt machte, stürzte er mit dem Pferde auf dem Kanustatter Wasen. Er konnte sich noch zurück in seine Wohnung begeben und wurde später auf Anordnung seines Bruders, des Herzogs Albrecht, noch im Laufe des Abends nach dem Kronprinzenpalast übergeführt. Herzog Robert hat eine leichte Gehirnverletzung erlitten. Die Nacht vom Sonntag auf Montag war ruhig, auch am Sonntag der Zustand befriedigend. Die Nacht auf Montag verlief ebenfalls ruhig; Montag Vormittag war das Befinden sehr befriedigend. — Es hat Verwunderung erregt, daß bei der Verurtheilung des Generals von Schachtmeyer kein Vertreter des Kaisers anwesend war. Zur Erklärung dieser Thatsache mag folgender Passus aus dem Testamente des Verstorbenen dienen: „Aus der Welt will ich still scheiden, wie ich gekommen bin; weder durch ein feierliches Leichenbegängnis noch durch einen Denkstein will ich ausgezeichnet werden.“ Dieser Wunsch des Verstorbenen war dem Kaiser bekannt. Man hatte auch — vermutlich weil der antikeidende Geistliche, Divisionspfarrer Stahmann, nicht im Talar erschienen war — verbreitet, im Hause des Generals von Schachtmeyer habe keine Trauerfeier stattgefunden. Letzteres ist falsch; eine Trauerfeier hat selbstverständlich stattgefunden. — Für die Flottenvermehrung hat Abg. Prinz Arenberg in Berlin im katholischen Gesellenverein in diesen Tagen in einem Vortrag Stimmung zu machen gesucht. Prinz Arenberg nahm bekanntlich am 1893 in der Militärfrage einen von der Zentrumpartei abweichenden Standpunkt ein. Nach dem Bericht der klerikalen „Märk. Volksztg.“ bezeichnete Prinz Arenberg die Vermehrung der Flotte als eine „Lebensfrage namentlich für die Zukunft“. — Der bisherige Oberlandesgerichtsrath Dr. Zahnen vom hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg ist, wie das „Leipz. Tagebl.“ mittheilt, zum Reichsgerichtsrath ernannt worden. — Die Vernehmung der Berliner Stadtverordnetenmandate am 18. ist jetzt vom Oberpräsidenten genehmigt worden. — Unter den kürzlich zu Oberlandesgerichtsräthen Beförderung befördert sind der einzige Jurist, der Ritter des Eisernen Kreuzes 1. Klasse ist. Es ist dies der bisherige Landgerichtsrath Haas in Wiesbaden, der früher aktiver Offizier im brandenburgischen Feldartillerie-Regiment Nr. 3 war. 1867 als Advokat eingetreten, wurde er im Dezember 1868 zum Offizier befördert und am 10. Januar 1871 vor Le Mans im Gefecht bei St. Hubert-Champagne als Führer zweier Geschütze, die die feindliche an Zahl überlegene Artillerie zum Schweigen brachten, sehr schwer verwundet. Er erhielt etwa ein Duzend Chassepotkugeln, besonders in die unteren Extremitäten, wiewohl er trotzdem nicht aus dem Gefecht, sondern kommandirte, auf dem Prospekt liegend, seine Geschütze weiter. Nach jahrelangem Krankentlager, während dessen er 1872 pensionirt wurde, begann er zu studiren, und machte am 27. November 1875 in Celle sein Referendariatsexamen. Am 1. Mai 1880 wurde er Gerichtsassessor in Celle und erhielt bereits im Januar des folgenden Jahres seine Beförderung als Landrichter in Wiesbaden, wo er seitdem geblieben ist. Im Juni 1894 rückte er zum Landgerichtsrath auf. Jetzt ist er wiederum als Oberlandesgerichtsrath nach Celle zurückgekommen. — In der Stadt Haggen fällt die bisherige Lokalinspektion der Geistlichkeit, nicht nur der evangelischen, sondern auch der katholischen, für die Folge fort. Nach einem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung, der die Verhältnisse der städtischen Schuldeputation regelt, soll nämlich die Bearbeitung der Geschäfte der städtischen Schuldeputation, insbesondere derjenigen der inneren Schulverwaltung, den beiden Kreisinspektoren gegen entsprechende Vergütung, deren Festsetzung vorbehalten bleibt, widerrechtlich übertragen werden. Allerdings muß noch die Zustimmung des Kultusministers eingeholt werden. — In Kiel wird am Sonntag, 28. November, der norddeutsche Parteitag der national-liberalen Partei abgehalten werden. Es werden daran teilnehmen Delegierte aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck, Mecklenburg und Oldenburg. Die politische Lage und die kommenden Wahlen sind die zu besprechenden Themen. — Der westfälische Bauernverein hielt in Münster eine Versammlung und Auswanderung ab. Nach dem Jahresbericht beträgt die Zahl der Mitglieder 2600, das Vermögen 250,000 Mark. Die Versammlung nahm dann einen Antrag an zur Forderung der Einführung der obligatorischen Fleischschau für alles öffentlich zu verkaufende Fleisch.

### Deutschland.

Berlin, 24. November. Der Kaiser ging, wie aus Kiel gemeldet wird, gestern Mittag mit dem Prinzen Heinrich und dem kommandirenden Admiral v. Knorr mit dem Panzer „Weissenburg“ in See. Nach der Rückkehr nahm der Kaiser an der Abendtafel bei dem Prinzen und der Prinzessin Heinrich theil. Hierzu waren Einladungen ergangen an die Herren des kaiserlichen Hofstaats, den prinzipalsten Hofstaat, den Admiral von Knorr, den Vize-Admiral Köster und die übrigen in Kiel anwesenden Admirale; die Tafelgesellschaft stellte eine Matrosenkapelle. Heute genest der Kaiser nach der Fahrt mit S. M. S. „Adon“ Kiel wieder zu verlassen und wird sich, wie der „Vossischen Ztg.“ gemeldet wird, zu einem Besuch beim Grafen Waldersee nach Altona begeben. Von dort wird die Kaiserin nach Berlin um 4 Uhr Nachmittags erfolgen. Die „Kiel. Ztg.“ theilt den Anfang und Schluß der Rede, die der Kaiser bei der Verabschiedung der Marinereuten hielt, im Wortlaut mit: „Daß die Dienstzeit Euch keine leichte Aufgabe stellt, habt Ihr schon am Anfang derselben kennen gelernt. Wer aber in seinem Leben etwas Ordentliches erreichen will, der muß stets seiner Pflichten eingedenk sein.“ Der Kaiser erinnerte die Mannschaften dann nochmals an die Heiligkeit des Eides, er wies ferner hin auf die treue Pflichterfüllung der Kameraden, die beim Kanonenboot „Itis“ und dem Torpedoboot „S. 26“ für Kaiser und Reich ihr Leben ließen. Mit den Worten: „Bleibt ihm und thut Euer Pflicht, Gott

wird uns nicht verlassen, er ist mit uns“ schloß der Kaiser seine Rede.

Ein Theilnehmer an dem Diner, welches neulich der Staatssekretär des Innern, Graf von Posadowski, zu Ehren des wirtschaftlichen Ausschusses veranstaltete, schildert den Eindruck der Persönlichkeit des Kaisers auf die Festtheilnehmer wie folgt: „Man liebt es in mancher Kreise, den Kaiser als einen militärischen Autokraten hinzustellen, der nur seinen eigenen Gedanken und Eingebungen folgt und es in dem Gefühl seiner starken Individualität vermag, fremden Rath und widersprechende Ansichten zu hören. Wer den Kaiser an jenem Tage beobachtet hat, wird sich überzeugen haben, wie himmelweit die Thatsachen von dieser Ansicht verschieden sind. Von einer doppelten Reihe von Zuhörern umgeben, unter denen die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses überwiegen, unterhielt sich der Kaiser mit allen den Herren über die verschiedensten wirtschaftlichen Fragen mit einer Einfachheit und Natürlichkeit, wie ein wohlinformirter, liebenswürdiger Privatmann im freundschaftlichen Kreise. Es wirkte geradezu überraschend, welches Maß von Sachkenntnissen sich der Monarch durch sein reges Interesse für alle Vorgänge des öffentlichen Lebens und auch durch sein Studium auswärtiger Verhältnisse erworben hat. Der Kaiser ist eine durch und durch moderne Erscheinung; noch kein Monarch vor ihm hat in dieser einfachen, menschlich natürlichen Weise mit allen Kreisen seines Volkes verkehrt. Dabei hört der hohe Herr mit liebenswürdiger Aufmerksamkeit Einwände und entgegenstehende Ansichten an und ist stets bereit, seine eigene Auffassung zu bekräftigen, wenn er einer besser unterrichteten begegnet.“

Der Oberkirchenrath hat der General-synode eine Denkschrift betreffend den Entwurf eines allgemeinen Kirchzuchtgesetzes vorgelegt. Es wird zunächst Folgendes in Erinnerung gebracht: „Von der Auffassung ausgehend, daß eine Regelung der Vorschriften über Kirchzucht nur innerhalb des Gesamtgebietes der Landeskirche möglich sei und daß sie nur soweit durchführbar und gegenbringend sei, als sie von dem Gesamtbewußtsein der Landeskirche getragen werde, behält die General-synode-Ordnung, die Kirchzucht wegen Verletzung allgemeiner Pflichten der Kirchenglieder“ ausschließlich der landeskirchlichen Gesetzgebung vor. In Erfüllung dieses Vorbehalts ist zunächst das Kirchengesetz vom 30. Juli 1880, betreffend die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Konfirmation und Trauung, ergangen. Das Gesetz stellt zunächst fest, in welcher Weise kirchlich durch Seelsorge und Kirchzucht zu reagieren sei gegen die Verletzung der Taufe und gegen die Verletzung kirchlicher Pflichten auf dem Gebiete der Erziehung, der Konfirmation und der Trauung. Außerdem läßt das Kirchengesetz über diese besonderen Fälle hinaus alle staatsgesetzlich zulässigen, kirchenordnungsmäßig festgestellten oder in einzelnen Landeskirchen oberbischöflich bestehenden Uebungen der Kirchzucht, und zwar, auch soweit dieselben auf die erwähnten besonderen Fälle sich beziehen sollten, unberührt. In der Begründung des Kirchengesetzes ist eingehend dargelegt, aus welchen Gründen das Gesetz auf die Behandlung der vorerwähnten besonderen Fälle der Verletzung kirchlicher Pflichten sich beschränkt und davon absieht, eine umfassende Regelung der Kirchzuchtordnung zu unternehmen, vielmehr über jene besonders behandelten Fälle hinaus nur das bestehende Recht konfirmiren will; die Bedeutung der Kirchzucht im weiteren Umfange wird voll anerkannt. Der Einwand, „als lege die Kirche auf die Gegenwirkung wider andere, vielleicht für die sittliche Beurtheilung noch schwerer wiegende Verfehlungen nur geringeren Werth oder sie urtheile über die Verschärfung der von ihr dargebotenen Handlungen strenger als z. B. über Ehebruch, Mißhandlung der Kinder u. s. w.“, wird bestimmt zurückgewiesen. Die Befestigung des Kirchengesetzes wird vielmehr damit begründet, daß die weitergehenden Maßnahmen der Kirchzucht theilhaftig vorwiegend auf dem Gebiete des gesellschastlichen Lebens sich bewegen, hierbei aber durch bittliche oder provinziale Sitten und Uebung so sehr bedingt seien, daß eine allgemeine gesetzliche Regelung unbrauchbar, ja, bedenklich erschiene. Sodann wird bemerkt, daß „die gegenwärtige Lage des kirchlichen Gemeindelebens für ein umfassendes Gesetz über Kirchzucht nicht reif sei“, von der Auffassung ausgehend, daß ein allgemeines Kirchzuchtgesetz nur dann wirksam sein könne, wenn es, aus den Anschauungen der Gemeinden herausgewachsen, in diesen eine Gewähr für seine Durchföhrung finde.

Es wird dann erwähnt, daß die General-synode von 1891 ein weiter gehendes Kirchzuchtgesetz verlangt hat und daß ähnliche Forderungen von anderen Synoden gestellt worden sind. Der Oberkirchenrath prüft dieselben im Einzelnen und gelangt zu folgendem Ergebnis, nachdem er insbesondere das Einführen gegen Duellanten erwogen: Die eingehenden Beratungen der Provinzialsynoden haben zu einer auch nur annähernden Uebereinstimmung darin, daß und in welcher Weise gegen Duellanten mit gesetzlichen Maßnahmen der Kirchzucht vorzugehen sei, nicht geführt. Man wird nicht sagen dürfen, daß dieses Ergebnis zu kirchengesetzlichen Maßnahmen der Kirchzucht bei anderen Verletzungen kirchlicher und religiöser Pflichten unerlässlich, zumal es nicht angängig ist, Verfehlungen, die vorwiegend in den niederen Volksschichten stattfinden, zu rügen, dagegen Vergehungen, welche fast ausschließlich in den höheren Ständen stattfinden, ungeahndet zu lassen. Der Evangelische Oberkirchenrath gelangt hiernach zu der Ueberzeugung, daß es dem kirchlichen Interesse entspricht, an dem im Jahre 1880 im Einvernehmen mit der General-synode angenommenen Standpunkt auch gegenwärtig noch festzuhalten. Es wird vor allem darauf entnommen, den vorhandenen Uebständen durch positive Gegenwirkungen zu begegnen. Abgesehen von der theilhaftigen Unterstützung der Arbeiten der inneren Mission auf allen Gebieten ihres umfassenden Arbeitsfeldes, ist vor allem dahin zu streben, durch eingehendere Vorbereitung der Geistlichen für ihren Beruf, durch Vermehrung der geistlichen Kräfte und dadurch ermöglichte größere Durchdringung aller Volksschichten mit den Segnungen des Evangeliums auf eine Stärkung des religiösen und kirchlichen Bewußtseins der einzelnen Kirchenglieder wie der Gemeinde hinzuwirken.

### Espanien und Portugal.

Barcelona, 23. November. Als sich nach dem Eintreffen des Generals Weyler vor dem Hause, wo er absteigt, eine große Menge Menschenmenge ansammelte und Huldrufe auf den General ausbrachte, erschien Weyler auf dem Balkon und rief: „Es lebe Spanien; hoch die Arbeiter!“ Die Menge applaudirte lebhaft. Im Laufe des Tages empfing Weyler viele Besuche.

### Rußland.

Petersburg, 23. November. Die „Nowoje Wremja“ bespricht das Epitaph Golitschewski und sagt: Zum ersten Male betone ein Minister des Aeußeren der habsburgischen Monarchie so offen und gerecht die Ungeheuerlichkeit der russischen Politik im Orient. Kein Vorgänger des Grafen Golitschewski habe sich entschlossen, die Frage in so entschiedenem Tone zu bepreden. Die Entschiedenheit des Tones des Grafen Golitschewski erachte man in Rußland als ein äußerst wichtiges Zeichen eines ersten Umstümpfens der Anschauungen des Wiener Kabinetts über diejenige Aufgaben, die es auf der Balkanhalbinsel zu verfolgen habe. Nachdem Oesterreich-Ungarn sich aufrichtig Rußland genähert, habe es die Möglichkeit erhalten, im europäischen Kongresse nicht nur eine wirksame, sondern auch eine hervorragende Rolle zu spielen. Somit bestrebe neben dem Dreiecksbund und dem französisch-russischen Bunde ein österreichisch-russisches Einvernehmen in der Orientfrage, welches den Balkanstaaten ihre volle Unabhängigkeit und das Recht sichere, über ihr eigenes Geschick unter der Bedingung zu verfügen, daß sie nicht eine Gefahr und eine Drohung für den europäischen Frieden werden. Bei der jetzigen Lage der Dinge in Europa sei dies sehr wichtig und beruhigend.

### Arbeiterbewegung.

Die beiden in Berlin bestehenden Vereinigungen der Maurer-, Zimmer- und Steinmetz-Vereine haben an das königl. Polizeipräsidium eine Petition um Schutz gegen die Belästigung durch Streikende gerichtet. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß gerade die Polizei, welche alles aufbietet, um die ihnen unterstellten Arbeiter von der Teilnahme an Ausständen, Sperren u. s. w. abzuhalten, unter den Schwächungen und Angriffen der Streikenden und ihrer Führer viel zu leiden haben. Es wird eine Reihe von Fällen angeführt, in denen die sogenannten Streik-kontrollen auch vor Drohungen, ja selbst vor Thätlichkeiten nicht zurückgeschreckten, um die Arbeitswilligen zum Anschluß an die Bewegung zu veranlassen.

### „K w a s.“

Man beruft sich in allen Kneipen auf das Vorbild der alten Deutschen, aber zwischen dem Trinken der Germanen und ihrer heutigen Nachkommen sind gar große Unterschiede, wie man in der „Kursen Geschichte der Krimfitten“ von Dr. Bode nachlesen kann. Die alten Germanen hatten von den teufelischen Getränken kein einziges. Sie hatten zwar „Bier“ als Nationalgetränk, aber das war gar kein Bier im heutigen Sinne, denn es wurde ja nicht künftgerecht aus Malz und Hopfen hergestellt, sondern es war ein Gebräu der Hausfrau aus Gersten, Sommerweizen oder Hafer; wir sollten es eigentlich „Kwas“ nennen. In Deutschland ist dieser Kwas gegen Ende des ersten Jahrtausends n. Chr. durch wirkliches Bier verdrängt, in Rußland hat er sich nicht nur gehalten, sondern hat mannigfache Ausbildung erfahren. Und nun kommt ein Deutschrusse, Prof. Robert, der in Dorpat die Geschichte der Medizin und der Arzneimittel lehrt, und rüht den Westeuropäern, das Kwas trinken wieder anzufangen. Der Kwas wird in Rußland hergestellt entweder aus Mehl von Weizen, Roggen, Gerste, Buchweizen oder aus einem Malz aus diesen Getreiden, oder aus Brod, oder aus einem Gemisch dieser Stoffe mit oder ohne Zusatz von Zucker oder anderem Süßstoff, oft gewürzt, namentlich mit Pfefferminze, aber ohne Hopfen. Er macht eine saure und alkoholische Gährung durch erreicht aber höchstens ein Prozent Alkohol. Robert giebt über 40 Rezepte für verschiedene Sorten, die in Rußland und den Nachbarländern beliebt sind. Jedes Regiment hat sein eigenes Rezept für den Soldatenkwas und pflegt stolz darauf zu sein; auch viele Hospitäler haben ihre eigenen Vorschriften. Der Kwas ist unzweifelhaft ein erfrischendes und nützliches Getränk, wenn er richtig bereitet und gut gehalten wird. Er ist in vielen Fällen dem Bier vorzuziehen und ist z. B. für Kranke und Soldaten ein ganz vorzügliches Durstlöschungsmittel. Er ist erheblich billiger als Bier und führt nicht wie dieses leicht oft zur Unmäßigkeit oder zur Veranlichung. Wir geben das kürzeste Rezept aus Roberts Schrift, die von Lauch & Grobe in Halle für 1 Mk. zu beziehen ist. 5 Pfd. Malz werden unter Umrühren bei gelindem Feuer mit Wasser zu Brei zerlöst. Der Brei wird in ein Faß geschüttet und noch 35 Floschen (18 Liter) kochendes Wasser darauf. Nach 24 Stunden ficht man die Flüssigkeit vorzüglich ab in ein Gefäß, in welches schon vorher 1 Pfd. Weizenmehl, 2 Pfd. Zuckerpulver und für 3 Kopeken (6 Pf.) Dose gebracht worden sind, und läßt das Gemisch 12 Stunden stehen. Dann wird auf Floschen gezogen und gut verkostet.

Wünschenswerth wäre es, wenn in Deutschland intelligente Bierbrauer oder Destillirer sich der Bereitung des Kwas annehmen wollten; sie würden gewiß bald viel Besseres ergenzen als die Russen, die erst vor Kurzem eine fabrikmäßige Bereitung angefangen haben. Auch große Fabriks- und Gutsbesitzer und die Militärverwaltung sollten sich darum kümmern. Ebenso wird die gemeinnützige Schankgesellschaft, die der Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke plant, den Kwas nicht übersehen dürfen. Freilich ein großes Hindernis gilt es zu überwinden: der Kwas wird uns anfangs nicht schmecken. Aber das beweist nichts gegen die Möglichkeit seines Erfolges. Alle Nationalgetränke haben mit dem Tabak gemein, daß sie dem daran nicht Gewöhnten widerstehen. Wenn man Widen unser Bier vorsetzt, finden sie es abschlechtig, aber nach einiger Zeit finden sie es lieber, als ihn n gut ist. Ebenso geht es den



